

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Monika Knoche,
Hüseyin-Kenan Aydin und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/3350 –**

Verzicht auf den Verkauf und das Überlassen von überschüssigem Wehrmaterial

A. Problem

Die Bundesregierung soll verpflichtet werden:

- in Zukunft überschüssiges Wehrmaterial aus Bundeswehrbeständen weder kostenlos noch gegen Geld an andere Staaten und deren Streitkräfte oder Sicherheitsbehörden abzugeben;
- des Weiteren dafür Sorge zu tragen, dass in Zukunft die Rücknahme- und Entsorgungsverpflichtung seitens der Herstellerfirmen nicht nur für deutsche Kleinwaffenexporte gilt, sondern auf sämtliche Kriegswaffenexporte ausgeweitet wird;
- im Übrigen detailliert in den Jahresabrüstungsberichten aufzuführen, wie viele Waffen, Waffenplattformen und Waffensysteme im Berichtszeitraum demilitarisiert und entsorgt wurden;
- einen Plan darüber vorzulegen, welche und wie viele Kriegswaffen in den nächsten fünf Jahren von der Bundeswehr ausgemustert werden sollen und
- im Europäischen Rat eine Initiative für einen EU-weiten Verzicht der Überlassung von überschüssigen Wehrmaterial der Streitkräfte an Dritte einzubringen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/3350 abzulehnen.

Berlin, den 28. März 2007

Der Verteidigungsausschuss

Dr. Karl A. Lamers (Heidelberg)
Stellv. Vorsitzender

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Berichterstatter

Inge Höger
Berichterstatterin

Andreas Weigel
Berichterstatter

Winfried Nachtwei
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen), Andreas Weigel, Birgit Homburger, Inge Höger und Winfried Nachtwei

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/3350** in seiner 79. Sitzung am 1. Februar 2007 beraten und an den Verteidigungsausschuss zur federführenden Beratung sowie an den Auswärtigen Ausschuss, Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/3350 in seiner 38. Sitzung am 28. März 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag auf Drucksache 16/3350 in seiner 33. Sitzung am 28. März 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 16/3350 in seiner 34. Sitzung am 28. März 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/3350 in seiner 40. Sitzung am 21. März 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der federführende **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 16/3350 in seiner 41. Sitzung am 28. März 2007 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** ist der Auffassung, dass eine Weitergabe von veraltetem Wehrmaterial sinnvoll sei, weil dadurch eine Verbesserung von bilateralen Beziehungen

bewirkt werde. Angesichts der Tatsache, dass die Waffensysteme alle veraltet seien, sei ein Transfer deutscher Rüstungstechnologie in keinem Fall zu erwarten. Ebenso sei der Vorwurf, dass hier eine regionale Aufrüstungsspirale in Spannungsgebiete erfolgen könne, aufgrund der äußerst restriktiven Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland nicht zu rechtfertigen.

Seitens der **Fraktion der SPD** wird noch einmal die äußerst restriktive Rüstungsexportpolitik der Bundesrepublik Deutschland hervorgehoben. Auch die Europäische Union habe in ihrem Verhaltenskodex aus dem Jahr 1998 eine klare und eindeutige Festlegung der Rüstungsexportpolitik vorgenommen. Soweit es um ausgemusterte Waffensysteme ab dem Jahre 2011 gehe, weise man darauf hin, dass dies auch Angelegenheit des Bundessicherheitsrates sei.

Die **Fraktion der FDP** ist der Auffassung, dass der Verkauf oder die Überlassung von Wehrmaterial unverändert nach Einzelfallprüfung entschieden werden solle und dass auch auf diese Art und Weise eine restriktive Rüstungsexportpolitik sichergestellt werden könne.

Die **Fraktion DIE LINKE.** ist der Auffassung, dass es trotz der angeblich so restriktiven Rüstungsexportpolitik in diesem Land zahlreiche Beispiele für politisch sehr fragwürdige Überlassungen von Bundeswehrgeräten, so etwa die Lieferung von 100 LEOPARD-Kampfpanzern an Chile, gebe. Dies stünde in Widerspruch zu dem erklärten Ziel, die Menge der konventionellen Waffen weltweit soweit zu reduzieren, dass von ihnen keine Kriegsgefahr mehr ausgehe. Man sei grundsätzlich dagegen, dass Waffen in Spannungsgebiete oder überhaupt in andere Gebiete exportiert würden; dies betreffe insbesondere die durch die Transformation der Bundeswehr sich ergebenden überschüssigen Waffensysteme.

Der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** ist bewusst, dass die Abgabe von überschüssigem Wehrmaterial sicherheits- und friedenspolitisch brisant sein könne. Ein Beispiel sei die Abgabe von NVA-Militärgerät an die Türkei in den 90er Jahren, das gegen die Kurden eingesetzt worden sei. Der Antrag solle jedoch generell die Abgabe von Wehrmaterial unmöglich machen auch wenn gewährleistet sei, dass keine Sekundärexporte stattfänden. Dies könne, z. B. im Hinblick auf neue NATO- und EU-Mitglieder, so nicht unterstützt werden. Allerdings wäre es sinnvoll, wenn die Bundesregierung ihre Planungen vorlegen würde, welche und wie viele Kriegswaffen von der Bundeswehr in den nächsten fünf Jahren ausgemustert werden sollten.

Berlin, den 28. März 2007

Ernst-Reinhard Beck (Reutlingen)
Berichterstatter

Andreas Weigel
Berichterstatter

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Inge Höger
Berichterstatterin

Winfried Nachtwei
Berichterstatter

